1.7.2020 - Redaktionsmeldungen

Deutsches Jugendinstitut veröffentlicht Studie

Das Deutsche Jugendhilfeinstitut (DJI) hat die Studie „Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie: DJI-Jugendhilfebarometer bei Jugendämtern“ veröffentlicht. Die Forschungsergebnisse zeigen auf, wie sich die Corona-Pandemie auf bestimmte Bereiche der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe auswirkt. Dazu wurde vom DJI eine bundesweite Onlinebefragung bei allen 575 Jugendämtern durchgeführt, an der sich 371 Ämter beteiligt haben. Im Fokus der Erhebung stehen **Fragen zum Kinderschutz** sowie zur Bereitstellung von **Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe**.

Keine Zunahme von Hinweisen auf Kindeswohlgefährdung

Die meisten Jugendämter verzeichneten keine Zunahme von Hinweisen auf eine Kindeswohlgefährdung. Die Anzahl von Gefährdungsmeldungen und Inobhutnahmen hat sich entweder nicht verändert (55 % und 66 %) oder ist sogar gesunken (25 % und 19 %). Grund dafür könnte der **Wegfall von Unterstützungssystemen** und die daraus resultierende **Unterbrechung von Kommunikationswegen** sein, etwa aufgrund der Schließung von Schulen und Kitas. Deshalb besteht die Sorge, dass während des Lockdowns Fälle von Missbrauch, Gewalt und Vernachlässigung junger Menschen möglicherweise unerkannt geblieben sind.

Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe während der Corona-Krise

Alle befragten Jugendämter nahmen trotz der bestehenden Beschränkungen **Aufgaben im Kontext des Kinderschutzes** und darüber hinaus wahr. Nur in wenigen Jugendamtsbezirken wurden keine stationären oder ambulanten Hilfen mehr begonnen. Dies war allerdings bei den präventiven Angeboten der Frühen Hilfen (25 %), beim Jugendwohnen (31 %) oder in der Jugendhilfe im Strafverfahren (32 %) häufiger der Fall. Die Jugendämter gaben für den Erhebungszeitraum vom 23.4. bis 12.5.2020 an, dass

- 99 % der Ämter weiterhin vorläufige Schutzmaßnahmen (Inobhutnahmen) von Kindern und Jugendlichen begonnen haben.
- 98 % trotz Kontaktbeschränkungen Hausbesuche bei den Familien nutzten.
- 87 % trotz der Einschränkungen weiterhin Hilfeplanungen durchgeführt haben, 37 % davon nur bei Hinweisen auf eine Kindeswohlgefährdung.
- 47 % zusätzliche Kapazitäten für Online-, Telefon- und Chatberatung bereitgestellt haben.

Die Studie ist hier abrufbar.